

Beachtliche Fortschritte in Osttimor

ZÜRICH. Vor gut zehn Jahren wurde Osttimor unabhängig. Das Land ist heute politisch stabil. Handlungsbedarf besteht aber laut Osttimor-Experte Philipp Müller im Bildungs- und Gesundheitswesen.

INTERVIEW: PHILIPP HUFSCHMID

Ist der Staatsaufbau in Osttimor eine Erfolgsgeschichte?

Philipp Müller*: Als Osttimor 2002 unabhängig wurde, waren die Prognosen von Skepsis geprägt. Nach 24 Jahren indonesischer und 400 Jahren portugiesischer Fremdbestimmung stand das kleine Land vor grossen Herausforderungen. Was seither mit internationaler Hilfe erreicht wurde, ist beachtlich. Die wichtigsten Bestandteile eines Staatswesens wurden aufgebaut. Heute sind auf nationaler und regionaler Ebene Verwaltungsstrukturen und Parlamente etabliert. Der Judikative fehlen dagegen noch elementare Bestandteile wie zum Beispiel ein Oberster Gerichtshof, der eine wichtige Voraussetzung für einen modernen Rechtsstaat ist.



«Über 50 Prozent der 18- bis 30-Jährigen in Osttimor sind arbeitslos»

Philipp Müller

2006 rebellierten Teile der Armee, und 2008 kam es erneut zu Unruhen, die in Attentaten auf Präsident Ramos-Horta und Ministerpräsident Gusmao gipfelten. Wie ist die Sicherheitslage heute?

Die Ereignisse von 2006 und 2008 führten das Land an den Rand eines Bürgerkriegs. Im Vergleich dazu ist die Sicherheitslage derzeit gut, denn trotz der wichtigen Wahlen in diesem Jahr hat die politisch motivierte Gewalt nicht zugenommen. Die zentrale Herausforderung für die Sicherheit bleibt die Kleinkriminalität, die primär eine Folge der extremen Jugendarbeitslosigkeit ist. Über 50 Prozent der 18- bis 30-Jährigen sind arbeitslos. Vor allem in Dili treiben jugendliche Banden ihr Unwesen.

Ist das Land bereit für den Abzug der Uno-Mission Unmit und der Internationalen Stabilisierungstruppe Ende des Jahres?

Es sieht derzeit danach aus. Die von der ehemaligen Kolonialmacht Portugal unterstützte Ausbildung der Sicherheitskräfte scheint so weit fortgeschritten, dass sie die Verantwortung für die Sicherheit übernehmen könnten. Ob Osttimor wirklich für den Abzug der insgesamt rund 3000 Personen der Uno-Mission und der australisch-neuseeländischen Stabilisierungstruppe bereit ist, müssen aber die kommenden Monate zeigen. Die Bevölkerung wünscht sich den Abzug. Über die Parteigrenzen hinweg gilt dieser als letzter Schritt zur Vollendung der nationalen

Die Präsidentschaftswahl im März, die Stichwahl im April und zuletzt die Parlamentswahl im Juli verliefen ohne grössere Probleme. Ist die Demokratie mittlerweile in Osttimor verankert?

Die Wahlen in diesem Jahr können in der Tat als fair und frei bezeichnet werden. Positiv zu werten ist auch die Tatsache, dass sich die Parteien programmatisch profiliert haben, sie sich also verstärkt als Interessenvertreter der Bevölkerung verstehen. Eine Demokratie in unserem Sinn umfasst aber mehr als die Abhaltung von Wahlen. Dazu gehört auch die Durchsetzung von Recht und Gesetzen. Straftaten werden in Osttimor noch unzureichend verfolgt. Ungenügend ist auch die Mitsprache zivilgesellschaftlicher Gruppen.

Was ist vom neuen Präsidenten José Maria de Vasconcelos alias Taur Matan Ruak zu erwarten?

Taur Matan Ruak – der Übername stammt aus seiner Zeit als Widerstandskämpfer gegen Indonesien – war bis Oktober 2011 mehr als zehn Jahre lang Armeeführer. Er dürfte auch als Staatspräsident sehr selbstbewusst auftreten. Ein Indiz dafür sind Äusserungen aus der Endphase des Wahlkampfes, als er für ein Präsidialsystem mit grossen Befugnissen für den Präsidenten plädierte. Gegenwärtig hat Osttimor jedoch ein stärker parlamentarisches System. Es ist deshalb vermehrt mit Kompetenzstreitigkeiten zwischen Präsident und Premierminister zu rechnen.



Souveränität. Gleichzeitig ist bei der Bevölkerung teilweise aber auch die Rede von einer kleinen Uno-Mission, die im Land verbleiben könnte, um für Notfälle gewappnet zu sein.

Wie steht es um das Gesundheitswesen?
Hier wartet noch viel Arbeit. Im von der Uno erstellten Index der menschlichen Entwicklung (HDI) liegt Osttimor auf dem 147. Platz unter 178 Ländern (Stand 2011). Es gibt zwar medizinische Einrichtungen. Aber auf 1000 Einwohner kommen im Durchschnitt nur 0,3 Ärzte (Schweiz: 4,1). Einheimische Ärzte fehlen und werden durch kubanische ersetzt. In einem Bereich

wurden aber grosse Fortschritte erzielt. Das Uno-Kinderhilfswerk Unicef lobte Osttimor ausdrücklich für die Verringerung der Kindersterblichkeit zwischen 1990 und 2006 um 40 Prozent. Die Einkünfte aus dem Öl- und Gasexport haben es in den letzten Jahren zudem erlaubt, die medizinische Grundversorgung zu verbessern. Dennoch gehört Osttimor nach wie vor zur Gruppe der unterentwickelten Staaten.

Wie ist die Lage im Bildungswesen?
Der Anteil der Analphabeten ist laut Zensus zwar deutlich, auf 20 Prozent, gesunken. Dennoch beenden derzeit noch weniger als die Hälfte der Schüler

die sechs Jahre Schule. Weiterführende Schulen sind vorhanden, werden aber nur unzureichend besucht.

Ist die Infrastruktur verbessert worden?
Der Ausbau der Strom- und Wasserversorgung sowie des Verkehrsnetzes gehört ebenfalls zu den vordringlichsten Aufgaben. Die Unterentwicklung des Landes ist zu einem grossen Teil den Mängeln in diesen Bereichen insbesondere in den ländlichen Regionen geschuldet. Gerade die Verbesserung des Verkehrsnetzes würde die Chancen auf ausländische Direktinvestitionen erhöhen, was zu einer Wohlstandssteigerung beitragen könnte.

Wie sind die wirtschaftlichen Perspektiven Osttimors?

Das Land verfügt über riesige Öl- und Gasvorkommen. Dieser Rohstoffreichtum hat mittlerweile über 10 Milliarden US-Dollar in die Kassen des National Petroleum Fund gespült, mit dessen Mitteln Investitionen in Bildungswesen und Infrastruktur finanziert werden. Vor diesem Hintergrund stehen die Entwicklungschancen des kleinen Landes gut. Das Handelsvolumen mit den grossen Nachbarn Indonesien und Australien ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Entscheidend wird sein, ob das Geld aus dem Rohstoffreichtum auch wirtschaftlich nachhaltig eingesetzt wird. Für eine positive Entwicklung sollte die Abhängigkeit von Öl und Gas verringert und der Privatsektor gestärkt werden. Gegenwärtig wird noch ein Grossteil des Geldes staatlich erwirtschaftet und staatlich ausgegeben.

Wie ist das Verhältnis zur ehemaligen Besatzungsmacht Indonesien?

Angesichts der schwierigen Vergangenheit ist das Verhältnis zwischen Osttimor und Indonesien heute als sehr gut zu bezeichnen. Erst im April hat der indonesische Präsident Yudhoyono Osttimor besucht und sich für einen Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen ausgesprochen. Zudem unterstützt Indonesien die Pläne Osttimors, als 11. Staat in den Verband Südostasiatischer Nationen (Asean) aufgenommen zu werden.

Was sind die grössten Probleme Osttimors?

Neben der mangelhaften Durchsetzung des Rechtsstaats und der hohen Jugendarbeitslosigkeit ist es vor allem die weitverbreitete Korruption. Diese zieht sich durch alle gesellschaftlichen Schichten. Die internationale Gemeinschaft könnte sich stärker für die Korruptionsbekämpfung einsetzen.

*Philipp Müller ist Politologe und Islamwissenschaftler. Er arbeitet als Projektleiter im Auslandbüro für Indonesien und Osttimor der Konrad-Adenauer-Stiftung in Jakarta.



Osttimors Präsident Taur Matan Ruak bei der Stimmabgabe zur Parlamentswahl. Bild: key

IN KÜRZE

Coulson und Brooks angeklagt
LONDON. Im Abhörskandal um das britische Skandalblatt «News of the World» ist der frühere Pressesprecher des britischen Premierministers David Cameron, Andy Coulson, angeklagt worden. Wie die Staatsanwaltschaft in London mitteilte, wurde gegen insgesamt acht Verdächtige Anklage erhoben. Unter ihnen befindet sich auch die langjährige Vertraute von Medienzar Rupert Murdoch, Rebekah Brooks.

Mursi ernennt Regierungschef
KAIRO. Der ägyptische Präsident Mohammed Mursi hat gestern den bisherigen Minister für Wasserangelegenheiten, Hisham Kandil, zum neuen Ministerpräsidenten ernannt. Zugleich beauftragte er ihn mit der Bildung einer Regierung, bestätigte ein Sprecher des Präsidenten. Mit der Ernennung Kandils machte Mursi erstmals von seinem Recht Gebrauch, den Auftrag für eine Regierungsbildung zu erteilen. (sda)

Aids-Krise in Städten im Süden der USA

WASHINGTON. Die Hauptstadt der USA hat eine höhere HIV-Infektionsrate als der Kongo. Die Aids-Konferenz in Washington wirft ein Schlaglicht auf die Aids-Krise in US-Städten.

THOMAS SPANG

Wer mit der grünen Metrolinie Richtung Süden fährt, lässt bald die Regierungsgebäude und trendigen Bars auf dem Capitol Hill hinter sich. Die weissen Fahrgäste steigen aus, Schwarze steigen ein. Auf der anderen Seite des Anacostiaflusses sitzen dann nur noch Afroamerikaner im Abteil. Willkommen in den Armenvierteln der US-Hauptstadt. Anacostia leidet nicht nur unter hoher Arbeitslosigkeit, Drogen

und Gewalt, sondern ist auch das Epizentrum der Aids-Krise Washingtons. Die Hauptstadt der mächtigsten Nation der Welt hat mit 3,2 Prozent eine höhere Infektionsrate als der Kongo. Die Schnittmenge zwischen dem afrikanischen Land und dem von Afroamerikanern geprägten Washington ist die verbreitete Armut.

In dem einzigen Krankenhaus auf der anderen Seite des Flusses versucht Aids-Spezialistin Lisa Fitzpatrick einen Unterschied zu machen. Vor mehr als einem Jahr baute die Professorin im United Medical Center ein Aids-Zentrum auf mit dem Ziel, die Ausbreitung der Krankheit zu stoppen. Seitdem haben Fitzpatrick und ihr Team mehr als 2400 Patienten behandelt. Aus ihrer Forschung weiss die Immunologin, wie wichtig es ist, Themen wie Drogenmissbrauch, Sexualverhalten und andere so-

ziokulturelle Faktoren zu berücksichtigen. Personen, bei denen das HI-Virus diagnostiziert wird, bekommen deshalb nicht bloss eine Telefonnummer in die Hand gedrückt, sondern werden von einem Team umfassend betreut.

«Eine schwarze Krankheit»

Washington ist nicht die einzige Stadt in den USA, die hohe HIV-Infektionsraten hat. Eine neue Studie des Black-Aids-Institutes identifiziert den Süden und dort speziell mittelgrosse Städte wie Memphis in Tennessee oder Richmond in Virginia als Problemzonen. In einigen Nachbarschaften sei jeder zweite schwarze Mann infiziert. «Aids in Amerika ist eine schwarze Krankheit», beschreibt der Chef der Organisation Pete Wilson das neue Gesicht der einst als «Schwulenseuche» denunzierten Immunschwäche. Und Afroamerikaner

seien ganz besonders betroffen. Die Infektionsrate liege doppelt so hoch wie die bei weissen Männern.

Insgesamt ist die Krankheit in den USA bei 1,2 Millionen Menschen diagnostiziert worden. Die Dunkelziffer dürfte klar darüberliegen. Diese Realität bildet die traurig-peinliche Kulisse für die 19. Internationale Aids-Konferenz im Washington Convention Center. Und sie ist ein möglicher Grund, warum Präsident Barack Obama, statt an der Konferenz teilzunehmen, lediglich eine Videobotschaft schickte. Obamas nationale Aids-Strategie hat bisher wenig geholfen, die 50000 Neuinfektionen in den USA pro Jahr zu verringern. Wer verstehen will, warum sich die Dinge nur langsam ändern, braucht vom Tagungsort aus nur in die grüne Metrolinie einzusteigen und acht Stationen Richtung Süden zu fahren.